

Klaus Peter Kisker

## **Das Elend bundesdeutscher ökonomischer Lehre und Forschung**

Über das „Elend der Philosophie“ lästerte einst Karl Marx.<sup>1</sup> Er meinte die Theorien des französischen Anarchisten Pierre J. Proudhon, der die realen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht begriffen habe. Heute würde Marx das Elend der Volkswirtschaftslehre beklagen und zwar das der Nachkriegszeit in der alten Bundesrepublik und insbesondere das der letzten 20 Jahre im vereinigten Deutschland.

Nach dem II. Weltkrieg herrschte in weiten Kreisen der Bevölkerung die Auffassung, dass eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft durch Sozialisierung notwendig sei, um eine erneute Entwicklung zu einem Faschismus zu verhindern. Bezeichnend dafür sind die Ausführungen von Erik Nölting auf dem Parteitag der SPD von 1947, wo er angesichts seiner, Kurt Schumachers und Victor Agartz` Einschätzung nach, dass eine umfassende Sozialisierung unmittelbar bevor stehe, sagte, dass „der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase eingetreten (sei): Verwirklichung und Erfüllung“.<sup>2</sup> Dieser starken Strömung setzten Walter Eucken, Franz Böhm, Alexander Rüstow u.a. den in den 1930er Jahren von ihnen entwickelten „Ordo-Liberalismus“, eine Variante des Neoliberalismus, entgegen, der auf Grund massiver Unterstützung durch die US-amerikanische Militärregierung (u.a. mit der Außerkraftsetzung von Sozialisierungs-Artikeln in den Länderverfassungen) durchgesetzt werden konnte.<sup>3</sup>

## **Der Bastard-Keynesianismus**

Der Ordo-Liberalismus war in den 1950er Jahren politisch sehr einflussreich, in der Lehre und Forschung an den westdeutschen Universitäten fand er hingegen nur geringes Interesse. An den

---

<sup>1</sup> Vgl. Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW4/S.62 ff.

<sup>2</sup> Hans Jochen Brauns/Urs Jaeggi/Klaus Peter Kisker/Axel Zerdick/Burkhard Zimmermann: SPD in der Krise. Frankfurt a.M. 1976.

<sup>3</sup> Der Begriff wurde 1937 von Alexander Rüstow auf einer Pariser Konferenz geprägt, zu der August von Hayek und Ludwig von Mises eingeladen hatten. Vergl. FN. 16. Der Ordoliberalismus verstand sich als antisozialistisch und antikeynesianistisch. Dem Sozialismus bzw. dem Kommunismus –beides wurde bezeichnenderweise mit Stalinismus in einen Topf geworfen- und auch dem Keynesianismus warfen sie Kollektivismus vor. S. Bernhard Walpen, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, Hamburg 2004 und Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Frankfurt a.M. 1966, letzterer hebt den nichtwissenschaftlichen Charakter des Ordoliberalismus hervor.

wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in der Bundesrepublik und in Westberlin dominierte seit dem II. Weltkrieg die Lehre von John Maynard Keynes. Vorwiegend allerdings in der vor allem von John Richard Hicks vertretenen Version, der sogenannten neoklassischen Synthese<sup>4</sup>, die von Joan Robinson, der Nachlassverwalterin von Keynes, zu Recht als Bastard-Keynesianismus bezeichnet wurde.<sup>5</sup> Die Lehrbücher von Paul Samuelson und Erich Schneider, die neben Franco Modigliani und anderen diesen Ansatz vertraten, waren in den 1950er und 1960er Jahren ein „Muss“ für die Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaft.<sup>6</sup>

Kernstück dieser Theorie sind die aus der Keynesianischen Theorie abgeleiteten IS-LM-Modelle. Sie sollen ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht beschreiben, das aus einer Kombination der Gleichgewichte auf dem realen und dem monetären Sektor entsteht. I steht hier für Investitionen, S für Sparen, L für die Geldnachfrage und M für das von der Zentralbank exogen vorgegebene Geldangebot. Die Investitionen sind in diesem Modell ausschließlich vom Zins abhängig, das heißt niedrige Zinsen führen zu hohen Investitionen und vice versa. Auch die Geldnachfrage ist in diesem Modell durch die Zinshöhe bestimmt. Das Modell, später vielfach modifiziert und erweitert, soll zeigen – so die Behauptung seiner Vertreter – dass im Normalfall Arbeitslosigkeit mit flexiblen Preisen einschließlich flexibler Löhne nicht vereinbar sei, also die neoklassische Theorie Gültigkeit besitzt.<sup>7</sup> Nur Rigiditäten können demnach ein stabiles Vollbeschäftigungsgleichgewicht verhindern. Gemäß dieser Theorie muss die Wirtschaftspolitik nur mögliche Blockaden beseitigen um Vollbeschäftigung zu garantieren. Diese neoklassische Synthese wurde und wird bis heute in nahezu allen Lehrbüchern als Keynesianismus verbreitet, obwohl sie mit dem Keynesianismus faktisch nichts zu tun hat. Sie pervertiert die Keyneschen Ideen wie Axel Leijonhuvud bereit 1969 nachgewiesen hat, er schreibt, dass dieses Modell völlig ungeeignet ist, die Ideen von Keynes zu interpretieren.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> S. John Richard Hicks, Mr. Keynes and the “Classics”, A Suggested Interpretation. In: *Econometrica*, Vol5 (1937); die Vollendung der neoklassischen Synthese vollzieht dann Don Patinkin 1965, s. Don Patinkin, *Money, Interest and Price, An Integration of Money and Value Theory*, New York 1965.

<sup>5</sup> S. Joan Robinson, Review of *Money, Trade and Economic Growth* by H.G. Johnson. In: *Economic Journal* 72, September 1962, S. 691.

<sup>6</sup> S. Harald Hagemann, Zur frühen Rezeption der General Theory durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler, in: Harald Hagemann/Gustav Horn/Hans Jürgen Krupp (Hrsg.) *Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, Festschrift für Jürgen Kromphardt*, Marburg 2008

<sup>7</sup> Eine detaillierte Darstellung des IS-LM-Modells ist bei Felderer/Homburg zu finden, s. B. Felderer/St. Homburg, *Makroökonomik und neue Makroökonomik*, Berlin u.a. 1987<sup>3</sup>

<sup>8</sup> S. Axel Leijonhuvud, *Keynes and the Classics*, London 1969

Besonders bemerkenswert ist, dass bei der Keynes-Rezeption in der Nachkriegszeit das 22. und 24. Kapitel der „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ generell unterschlagen wurde.<sup>9</sup> Hier wendet sich Keynes –seine vorangegangenen Analysen resümierend- scharf gegen die bis dato in der theoretischen Ökonomie herrschenden Harmonievorstellungen: „Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen.“ schreibt er.<sup>10</sup> Er betont die Bedeutung der Investitionen für den unvermeidlich krisenhaften Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft und zieht als Schlussfolgerung aus seiner Analyse die Erkenntnis, dass neben einer Stärkung des sogenannten Hanges zum Verbrauch und einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen eine sozial geleitete Investitionsrate unumgänglich ist. Daraus folgt für ihn: „Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.“<sup>11</sup> Solche kapitalismuskritischen Töne und solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen passten nicht zu dem Weltbild der Vertreter der herrschenden Lehre.

Dass der insbesondere von Joan Robinson, Victoria Chick, Paul Davidson, Richard Goodwin, Nicholas Kaldor, Michał Kalecki, Hyman Minsky, Luigi Pasinetti und William Vickrey entwickelte postkeynesianische Ansatz in der Lehre kaum Berücksichtigung fand, ist ebenfalls nicht erstaunlich, belegt diese Theorie doch, dass die von Keynes herausgearbeiteten Ursachen für die kurzfristige Instabilität kapitalistisch regulierter Systeme auch für die längerfristige Entwicklung gelten.<sup>12</sup> Dieses Ergebnis durfte nicht wahr sein, schon gar nicht in der Zeit des

---

<sup>9</sup> Eine bemerkenswerte Parallele zu der Unterschlagung von Schlussfolgerungen war in den Ostblockstaaten zu sehen. Der Band 33 von Lenins „Gesammelten Werken“, in dem die letzten Aufsätze Lenins mit einer scharfen Kritik am Aufbau und der Entwicklung der Sowjetunion abgedruckt sind, war in den Buchläden der DDR nie zu bekommen und bei den Studentinnen und Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin völlig unbekannt.

<sup>10</sup> John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, dtsh Berlin 1955, S.314.

<sup>11</sup> John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, dtsh Berlin 1955, S.319.

<sup>12</sup> Erst in den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik der Ansatz wieder aufgegriffen worden insbesondere von Eckhard Hein, Jürgen Kromphardt, Norbert Reuter und Karl Georg Zinn

Kalten Krieges, in der alles darangesetzt wurde, die Überlegenheit der westlichen Wirtschaftsordnung gegenüber der des Ostblocks zu demonstrieren.

Keynes wurde dementsprechend von der herrschenden Lehre als Steinbruch verwendet, passende Stücke wurden mitgenommen und verwendet. Schwere, unpassende, das heißt vor allem systemkritische Brocken, wurden ignoriert. Das galt in der Nachkriegszeit sowohl für Forschung und Lehre an den Universitäten, für die Politikberatung - zum Beispiel durch den 1963 durch Gesetz eingerichteten Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - wie für die praktizierte Wirtschaftspolitik.

Wenn später, Ende der 1970er Jahre vom Scheitern des Keynesianismus gesprochen wurde, ist dem entgegenzuhalten: Scheitern kann nur etwas, was versucht worden ist. Aber weder in der Forschung und Lehre, noch in der praktischen Wirtschaftspolitik ist Keynes jemals umfassend ernst genommen worden. Zwar gab es in den USA – in der kurzen Kennedy-Ära unter dem Einfluss des Kennedy-Beraters John Kenneth Galbraith –, in Großbritannien sowie in der Bundesrepublik Deutschland nach 1965 Ansätze einer keynesianischen Wirtschaftspolitik. Eine konsequente, auf Keynes Analyse aufbauende Wirtschaftspolitik hat es jedoch bis heute zu keinem Zeitpunkt in keinem Land gegeben. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital wäre jeder Versuch in dieser Richtung am Widerstand des Kapitals gescheitert. Das zeigen bereits die Diskussionen um die Konzepte von Keynes seit den 1930er Jahren in den USA, wo er zwar von den Eliteuniversitäten aufgegriffen wurde aber in der Wirtschaft auf wütende Ablehnung stieß. In der Bundesrepublik zeigte sich die Ablehnung vor allem in den Debatten um die sogenannte Deregulierung seit den 1970er Jahren.

Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind für das Kapital keine erstrebenswerte Ziele, denn Vollbeschäftigung heißt für die Unternehmen: Lohnsteigerungen, da hier sowohl die Verhandlungsmacht des einzelnen Arbeitnehmers wie insbesondere die Kampfkraft der Gewerkschaften wesentlich stärker ist, als bei hoher Arbeitslosigkeit. Fehlende industrielle Reservearmee bedeutet zudem für die Unternehmen, dass sie weniger flexibel auf die für kapitalistische Systeme typischen Wechsel der Nachfrage reagieren können. Michal Kalecki hat bereits in den 1940er Jahren den Widerstand der Unternehmer gegenüber jeder aktiven Beschäftigungspolitik auf drei Ebenen systematisch analysiert. Er schreibt: „Die `Führer der Wirtschaft` widersetzen sich einer Vollbeschäftigung, die der Staat durch seine Ausgaben erzeugt. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich.
2. Das Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben (öffentliche Investitionen und Subventionierung des privaten Konsums).
3. Das Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird.“<sup>13</sup>

### **Die neokonservative Konterrevolution**

Die „neokonservative Konterrevolution“ (James Tobin), die im Wesentlichen auf den von Milton Friedmans und seiner „Chicago-Boys“ in den 1960er Jahren weiterentwickelten Ideen der 1930er Jahre beruht und über die der Nobelpreisträger Paul A. Samuelson höhnte „Zum Lachen!“, war bzw. ist die interessenkonforme Theorie zur ideologischen Legitimation der Kapitalinteressen und der den Kapitalinteressen verpflichteten Regierungen. Der Entwicklung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, der Stagflation und dann vor allem der strukturellen Überakkumulation mit anhaltender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut auch in den reichen Industrienationen, dauerhaft unbefriedigender Kapazitätsauslastung und neuen Zentralisationsstrategien standen die Vertreter der neoklassischen Synthese hilflos gegenüber, ähnlich wie die Neoklassiker Ende der 1920er Jahre der ersten großen Weltwirtschaftskrise, trotz aller Erkenntnisse von Keynes und seinen Mitstreitern.<sup>14</sup> Das zeigt sich besonders deutlich in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates der damaligen Jahre<sup>15</sup> Der Mainstream-Bastard-Keynesianismus war unfähig diese neue Entwicklung zu analysieren, vor allem unfähig, Zusammenhänge zwischen kurzfristig konjunkturellen und längerfristig strukturellen Krisenprozessen zu erkennen. Demgemäß war er nicht in der Lage, Strategien gegen die Krisen zu entwickeln.

Das war die Stunde des Neoliberalismus, der lange ein randständiges Leben geführt hatte, diese Zeit aber nutzte, um ein Netzwerk von Kapitalvertretern und Intellektuellengruppen zu knüpfen, bei der die 1947 von Friedrich von Hayek gegründete neoliberale Mont-Pèlerin-Society eine

---

<sup>13</sup> Michal Kalecki: Politische Aspekte der Vollbeschäftigung. In: Michal Kalecki: Krise und Prosperität im Kapitalismus. Marburg 1987, S. 235f.

<sup>14</sup> Hier ist vor allem auf Alvin H. Hansen mit seiner Theorie der säkularen Stagnation hinzuweisen. S. auch Hickel/ Kisker/ Mattfeldt/ Troost (Hrsg.), Politik des Kapitals heute, Hamburg 2000. darin: Klaus Peter Kisker, Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse im Zeitalter der Globalisierung, S. 65 ff..

<sup>15</sup> Die Unfähigkeit des Sachverständigenrates die Entwicklung zu analysieren, war dann 1975 der Anlass, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zu gründen und als „Gegengutachten“ das seit dem jährlich veröffentlichte Memorandum zu publizieren.

herausragende Rolle spielte.<sup>16</sup> Seine Chance und seinen Erfolg Ende der 1970er Jahre verdankt der Neoliberalismus aber nicht nur der Hilflosigkeit der Bastard-Keynesianer, sondern vor allem dem Wunsch des Kapitals nach rigoroser Entfesselung der Märkte angesichts der dramatisch verschlechterten Verwertungsbedingungen.<sup>17</sup>

Das Ergebnis der neokonservativen Konterrevolution, die sich weltweit an den Hochschulen und in der Wirtschaftspolitik Ende der 1970er Jahre durchsetzte<sup>18</sup> und damit den sogenannten Keynesianismus als herrschende Lehre verdrängte, war, dass die Volkswirtschaftslehre immer stärker zur Rechtfertigungslehre von Kapitalinteressen verkam, ansonsten sich aber von der gesellschaftlichen Realität abkoppelte. Ein zentraler Grund für diese Fehlentwicklung war und ist, dass die Vertreter der etablierten Makroökonomie nicht willens oder in der Lage waren, das kapitalistische System als solches zu hinterfragen und zu sehen, dass sich zuspitzende Widersprüche die Grenzen der zivilisatorischen Entwicklung markieren. Nach dem Motto: „Was nicht sein darf, das kann auch nicht sein!“ wurden und werden bis heute endogen bedingte Widersprüche und Fehlentwicklungen des Kapitalismus geleugnet bzw. eskamotiert. Statt kritischer Auseinandersetzung mit der Realität etablierte sich seit den späten 1970er Jahren eine blinde, fast religiöse Marktgläubigkeit. Fehlentwicklungen sind demnach nicht auf endogene Gesetzmäßigkeiten des Regulierungssystems, sondern ausschließlich auf exogene Schocks wie staatliche Interventionen und Gewerkschaftsmacht zurückzuführen. Diese Geisteshaltung führte dazu, dass Makroökonominnen und Makroökonom in den vergangenen 20 bis 30 Jahren alle möglichen obskuren Themen erforscht haben - und zwar mit großem Aufwand an Mathematik, um dahinter die Banalität ihrer „Erkenntnisse“ verstecken zu können. Fragen, warum es immer wieder zu konjunkturellen Krisen kommt und warum die strukturelle Überakkumulationskrise entstehen musste und was deren Folgen sind, wurden und werden dagegen von der Mehrheit der Professorinnen und Professoren ignoriert. Mit dem jedem wissenschaftlichen Anspruch spottendem Argument, dass Analysen, die Instabilitäten zeigen, mit Misstrauen betrachtet werden müssen, „da alles, was wir auf der Welt für lange Zeit vorfinden, gewisse Stabilitätseigenschaften

---

<sup>16</sup> Die Mont-Pèlerin-Society ist die Nachfolgeorganisation des in den 1930er Jahren gegründeten „Colloque Walter Lippmann“. Ihr gehörten neben den bereits genannten u.a. Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Milton Friedman an. Einzelheiten dazu s. Jürgen Nordmann: Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Hamburg 2005 und David Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus., Zürich 2007

<sup>17</sup> Klaus Peter Kisker: Der Neoliberalismus ist die Verschärfung, nicht die Lösung der Krise. In: Joachim Bischof/Frank Deppe/Klaus Peter Kisker (Hrsg.): Das Ende des Neoliberalismus. Hamburg 1998, S. 81 ff.

<sup>18</sup> In Großbritannien erfolgte der Wechsel zur Thatcher-Regierung mit der Wende zu einem rigiden Monetarismus im Jahre 1979, in den USA wurde 1981 der Wechsel zu einer neokonservativen Politik mit Ronald Regen eingeläutet

hat“,<sup>19</sup> wird von Wilhelm Krelle, einem der prononciertesten Vertreter der neoklassischer Ideologie behauptet, dass die keynesianischen Modelle die Realität nicht richtig erfassen. Robert Solow schreibt in seinem für diese Theorie grundlegenden Aufsatz von 1956, dass die von der keynesianischen Theorie festgestellte Instabilität auf der Annahme einer realitätsfernen limitationalen Produktionsfunktion beruhe.<sup>20</sup> Dass es die neoklassischen Ideologen nicht nötig haben, solche Behauptungen, wie auch ihre realitätsfernen Modelle argumentativ zu verteidigen, beweist Wilhelm Krelle. Auf die Kritik der Grand Old Lady der Volkswirtschaft, Joan Robinson, an seinen Annahmen schreibt er: "Joan Robinsons Theorie ... ist außerdem weit entfernt von aller Realität. ...Man hat also abzuwägen, ob der Joan Robinsonsche Begriffsapparat so viel mehr bringt, dass die Nachteile, die aus einem Verzicht auf die Produktionsfunktion erwachsen, aufgewogen werden. Wir sind - mit der großen Mehrzahl aller Nationalökonominnen - der Ansicht, dass das nicht zutrifft".<sup>21</sup> Wissenschaftliche Erkenntnis ist demnach nicht eine Frage der Logik und des Beweises, sondern eine der selbstorganisierten Mehrheit.<sup>22</sup>

Ein besonders krasses Beispiel, wie sich neoliberale Volkswirte von der Realität verabschiedet haben, liefert Robert Lucas, einer der Architekten der heute etablierten Ökonomie und Nobelpreisträger des Jahres 1995 aus Chicago. Rezessionen erklärt er in seinen theoretischen Arbeiten für unbedeutend. Wirtschaftsabschwünge richteten seiner Ansicht nach langfristig so geringe Schäden an, dass sich die Wirtschaftspolitik nicht weiter darum kümmern müsse. Und 2003 prahlte Lucas gar, die Volkswirtschaftslehre habe das zentrale Problem, wie Depressionen zu verhindern sind, gelöst. Für Makroökonominnen gebe es kein langweiligeres Thema als Konjunktur und Krisen.<sup>23</sup>

Aus der Sicht der herrschenden Lehre, der neoliberalen Ideologie, ist die Frage nach dem bestmöglichen Regulierungssystem also grundsätzlich gelöst. Für sie ist der Sieg des sogenannten Liberalismus über alle anderen Regulierungssysteme die endgültige Antwort auf diese Herausforderung und stellt, wie Francis Fukuyama behauptete, das alternativlose „Ende der

---

und 1982 wurde die Abkehr von einer mit vielen Einschränkungen als sozialstaatlich orientierten und mit keynesianischen Elementen versetzten Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik besiegelt.

<sup>19</sup> Wilhelm Krelle: Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Berlin-Heidelberg- New York-Toronto 1985, S. 77.

<sup>20</sup> Robert Solow: A Contribution to the Theory of Economic Growth. In: Quarterly Journal of Economics 70 (1956).

<sup>21</sup> Krelle, Wilhelm, Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1985, S. 796.

<sup>22</sup> Wie solche Mehrheiten erzielt und erhalten werden zeigte Wilhelm Krelle als Gründungsdekan beim Wiederaufbau des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaft an der Humboldt Universität 1990. Zu den Anhörungen in den Berufungsverfahren wurden ausschließlich neoliberal orientierte Dozentinnen und Dozenten eingeladen, andere Bewerbungen wurden ignoriert.

<sup>23</sup> Olaf Storbeck: Ökonomie. Leben in der Scheinwelt. In: <http://groups.yahoo.com>

Geschichte“ dar.<sup>24</sup> Diese apodiktische Feststellung ähnelt Auffassungen, die bis in die 1980er Jahre in den Ostblockstaaten vertreten wurden, dass mit der Durchsetzung des als Sozialismus bezeichneten Systems die Frage nach einem menschlichen Regulierungssystem grundsätzlich beantwortet sei.

Die Behauptungen von Solow, Krelle und Lucas bündeln das Elend der etablierten Volkswirtschaftslehre. Ihre Prämissen, Methoden und Ergebnisse sind losgelöst von der Realität und zudem widersprüchlich. Betroffen ist vor allem die Makroökonomie, ein Forschungszeitung, dessen Relevanz für Wohl und Wehe von Millionen Menschen auf der Welt nicht überschätzt werden kann. Die Mehrheit der Mainstream-Makroökonominnen igelt sich in einer Scheinwelt ein, die mit der Wirklichkeit nur zufällige Parallelen besitzt. Die Methoden und Modelle, die in ihrer neoklassischen Forschung üblich sind, haben den Blick auf die Probleme, die zu der zweiten Weltwirtschaftskrise 2008 geführt haben, verstellt, wie vorher schon den Blick auf Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Elend.<sup>25</sup> Die eklatanten Schwächen der herrschenden Lehre zeigen auch die Wirtschaftsgutachten aus jüngster Zeit und demgemäß die unprofessionellen und widersprüchlichen Versuche der Politiker, die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme zu lösen.

### **Politische Ökonomie**

Im Unterschied zum westlichen Ausland existierte Marx an den Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der westdeutschen und Westberliner Universitäten bis 1968 nicht. Marxismus galt in den Zeiten des Kalten Krieges als unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie und der „Sozialen Marktwirtschaft“. Geringfügig anders sah es bei den sogenannten „weicheren“ Wissenschaften wie etwa der Soziologie, der Politologie sowie der Philosophie aus. Hier gab es z.B. die „Frankfurter Schule“, die seit der Rückkehr von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer aus der Emigration an die Goethe-Universität 1950 wieder marxistische Probleme in Forschung und Lehre aufgriff. Um so erstaunlicher ist es, dass Ende der 1960er Jahre an der Freien Universität Berlin, dann wenig später an den Universitäten in Bremen, Oldenburg und Osnabrück sowie Regensburg und Aachen Lehrveranstaltungen zur marxistischen Politischen Ökonomie besucht werden konnten.

---

<sup>24</sup> Francis Fukuyama: The end of history? In: The Natural Interest, No. 16 (1989) S. 3 ff.

<sup>25</sup> Ein Antrag an einem Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, sich angesichts der Veröffentlichung des von der Weltbank herausgegebenen Weltentwicklungs-Berichtes 2001 „Bekämpfung der Armut“ mit dem Thema der Armut

Drei verschiedene Ursachen sind für diese Entwicklung zu nennen: das Interesse und dann vor allem der Druck kritischer Studentinnen und Studenten, die Unzufriedenheit junger Dozentinnen und Dozenten sowie Assistentinnen und Assistenten mit der mangelhaften Analysefähigkeit der herrschenden Lehre und schließlich die kurzzeitige Verunsicherung der etablierten Kräfte an den Hochschulen.

Die Studentenbewegung der 1960er Jahre war eine vielschichtige politische Bewegung, die die „herrschenden Verhältnisse“ in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre radikal kritisierte und bekämpfte. Sie war Teil der von den USA ausgehenden Internationalen Studentenbewegung, aber auch von der „Frankfurter Schule“ inspiriert. Ihr Selbstverständnis war zunächst emanzipatorisch, größtenteils antiautoritär gegen die „Herrschaft von Menschen über Menschen“ gerichtet. Die Mehrheit lehnte das im Ostblock herrschende System mit der gleichen Rigorosität ab wie die westlichen Systeme. Diese Studentenbewegung verlangte von der Wirtschaftswissenschaft Antworten auf die drängenden Probleme. Mit der Gründung von „Roten Zellen“ –die in den Lehrbetrieb eingriffen und alternative Lehrangebote organisierten- und Sit-Ins durchbrachen sie die herkömmlichen akademischen Rituale. Verunsichert sahen sich die konservativen Kräfte an den Hochschulen und auch in der Politik gezwungen, begrenzte Freiräume zu öffnen. Das führte u.a. in Westberlin zu einem neuen, den kritischen Studentinnen und Studenten sowie Assistentinnen und Assistenten ein Stück entgegenkommenden Hochschulgesetz und in dem SPD-regierten Bremen zur Gründung einer betont demokratischen Reformuniversität, die von den etablierten Kräften bald als „Rote Kaderschmiede“ verunglimpft wurde. Dieses Zeitfenster, das einige systemkritische Wissenschaftler als Einflugschneise nutzen konnten, wurde bald geschlossen. Mit der Gründung der „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ und dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“ setzte ein Roll Back ein. Linke Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden diskreditiert, als Verfassungsfeinde gebrandmarkt, ausgegrenzt, mit Disziplinarverfahren überzogen und bei ihrer Arbeit massiv gehindert. Selbstverständlich waren sie weitgehend von allen Drittmittel-Quellen ausgeschlossen. Lediglich die Hans Böckler-Stiftung und dann nach 1991 die Rosa Luxemburg-Stiftung förderten im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten politökonomische Projekte. Trotz dieser widrigen Umstände entwickelte sich in der Bundesrepublik und Westberlin eine fruchtbare, sehr lebendige politökonomische Diskussion mit vielen wichtigen Veröffentlichungen, in denen versucht wurde

---

zu befassen, wurde mit der Begründung abgelehnt, Armut sei nicht exakt mathematisch zu erfassen und deshalb kein Thema für die Wirtschaftstheorie.

die Marxsche Theorie weiter zu entwickeln. Neben den theoretischen Arbeiten, die als Monographien oder als Zeitschriftenaufsätze u.a. im „Argument“, in der „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“, in der „Prokla“ in „Sozialismus“, in „Z“ und anderen Periodika erschienen sind die seit 1975 jährlich veröffentlichten Memoranden der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ zu nennen, die sich an politisch interessierte Laien wenden.<sup>26</sup>

Inzwischen sind diejenigen, die in dem Zeitfenster einen Arbeitsplatz an einer Universität ergattern konnten, emeritiert, pensioniert oder gestorben. Selbstverständlich ist kein politökonomischer Lehrstuhl nach dem Ausscheiden der Inhaberin oder des Inhabers wieder mit einer Politökonomin oder einem Politökonom besetzt worden, so dass heute an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der deutschen Universitäten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine marxistisch orientierte Lehre und Forschung mehr existiert. Etwas besser sieht es an einigen Fachhochschulen aus. Die Behauptung, diese Situation sei von den „68er“ selbst verschuldet, sie hätten sich zu wenig um Nachwuchs gekümmert, ist absurd. Es gab in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren zwar politökonomische Lehrveranstaltungen, politökonomisch interessierte Studentinnen und Studenten konnten mit entsprechenden Arbeiten ihr Diplom erwerben und promovieren, entsprechende Habilitationen sind jedoch fast ausnahmslos unterbunden worden.<sup>27</sup> Da in diesen Verfahren der zuständige Fachbereich die Gutachter bestimmt, fand sich immer einer bzw. eine, der bzw. die der Schrift jede Wissenschaftlichkeit absprach. Schlimmer noch, viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben angesichts der Hoffnungslosigkeit, mit einem politökonomischen Ansatz zu habilitieren und danach einen Ruf an eine Universität zu bekommen, von einer akademischen Karriere Abstand genommen und ihre Reproduktion lieber in den Gewerkschaften, bei Parteien oder in der Wirtschaft realisiert. Die sehr ambivalente Folge dieser Entwicklung ist, dass auf Grund des hohen Zuspruches, den die politökonomischen Lehrveranstaltungen fanden und bis heute noch finden und auf Grund vieler Diplomarbeiten und Promotionen mit marxistischen Inhalten, der Anteil politökonomisch geschulter Führungskräfte in der Wirtschaft, vor allem aber in den Gewerkschaften recht hoch ist. An den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der deutschen Universitäten ist dagegen die Politische Ökonomie so gut wie ausgestorben.

---

<sup>26</sup> Bezeichnenderweise wurden die Memoranden im Gegensatz zu den Gutachten des Sachverständigenrates in den 1970er und 1980er Jahren von der gesamten Presse totgeschwiegen. Auch in den letzten 20 Jahren ist die Resonanz sehr gering.

Resümierend ist festzuhalten, das Elend der ökonomischen Lehre und Forschung zeigt sich bei dem Bastard-Keynesianismus eindeutig. Er ist gescheitert, weil er trotz des Einbaus vieler neoklassischen Elemente den Kapitalinteressen weniger entgegenkam als der Neoliberalismus und weil er den Strukturbruch hin zu der strukturellen Überakkumulation in den 1970er Jahren nicht erklären und demgemäß auch keine Strategien zur Lösung der damaligen Probleme anbieten konnte. Bei dem Neoliberalismus ist das Urteil von der Interessenlage abhängig. Das Kapital, insbesondere die Finanzkapitalisten und die Mehrheit der Vermögensbesitzer sehen den Neoliberalismus nach wie vor als unverzichtbare Legitimationsgrundlage für ihre Ansprüche und als erfolgreiches Instrument diese ihre Interessen durchzusetzen. Wenn sie von Elend sprechen dann nur wenn sie beklagen, dass Regierungen die neoliberalen Rezepte nicht konsequent anwenden.

Aus der Sicht einer kritischen Gesellschaftsanalyse, der die Anerkennung der Menschenwürde aller Menschen ebenso wichtig ist wie die Verantwortung gegenüber der Natur, muss die neoklassische Ideologie als asoziale und ökologische Lehre charakterisiert werden, die jedes Jahr mehr Menschenleben zerstört, als es das Gemetzel in den 6 Jahren des zweiten Weltkrieges getan hat, wie der ehemalige Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler belegt hat. Tag für Tag – schreibt er – sterben auf unserem Planeten ungefähr 100 000 Menschen an Hunger oder den unmittelbaren Folgen des Hungers. Alle 7 Sekunden verhungert auf der Erde ein Kind unter 10 Jahre, nicht weil er zu wenig Nahrungsmittel gibt, sondern weil die auf den Neoliberalismus aufgebaute Weltordnung verhindert, dass die Reichtümer dieser Erde human verteilt werden können.<sup>28</sup> Das Elend - zutreffender der Skandal- der ökonomischen Lehre und Forschung, ist, dies und andere brennenden Probleme der Menschheit nicht zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Im Gegenteil - die Ökonominnen und Ökonomen des Mainstream versuchen alles, um die anhaltenden Krisen nicht als systemische Krisen, sondern als Folge „individueller menschlichen Fehlverhaltens“ (Stichworte: „Gier“, „Faulheit“ und ähnliche) hinzustellen.

---

<sup>27</sup> Da an den Fachhochschulen keine Habilitation vorausgesetzt wird, konnten dort politökonomisch orientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – oft nach einer Zeit außerhalb der Universität - eher als an den Universitäten unterkommen.

<sup>28</sup> S. Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2005, S.11 ff..

Politische Ökonomie als handlungsrelevantes Wissen wird in naher Zukunft vermutlich nur außeruniversitär durch die Rosa Luxemburg-Stiftung, die Hans Böckler- Stiftung, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, durch Gewerkschaftsseminare, die oben genannten Zeitschriften sowie durch von Studentinnen und Studenten organisierte „Kapital“-Lesekreise vermittelt werden können. Diesen Institutionen kommt damit eine eminent wichtige Aufgabe bei der Vermittlung der marxistischen Politischen Ökonomie zu.

In den nächsten Jahren ist mit sich verschärfenden Krisenprozessen zu rechnen, die die sozialen Protestbewegungen vermutlich weiter anfachen werden. Diese Protestbewegungen, so heterogen sie zurzeit noch sind, haben eins gemeinsam, sie sind Versuche die sozialen Verhältnisse, indem sie politisch begriffen werden, zu verändern. Es bleibt zu hoffen, dass diese emanzipatorischen gesellschaftlichen Protestwellen -ähnlich wie 1968 und basierend auf einem pluralen Theorie- und Methodenverständnis- die wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der deutschen Universitäten dazu zwingt, sich der Realität zu stellen und emanzipatorische, heterodoxe Ökonomieansätze in Lehre und Forschung aufzunehmen.